№ 445
A 188
Morgen-Ausgabe

Berlin

Donnerstag, 20. September 1923

Vossische Zeitung

1 Million Mark

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Bezugspreise freibleibend. Wöchentl. 7½ Mill. M. durch Boten; durch die Post im September monatl. 2 Mill. M. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: Grundpreis 30 Pfg. für die mm-Zeile. Familienanzeigen 10 Pfg. beides mal Schlüsselzahl 7500000. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsl.): V. Carl Misch, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 — 3663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Völlige Uebereinstimmung Baldwin-Poincaré.

Die Ergebnisse der Pariser Konferenz.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 19. September.

Die heutige Zusammenkunft zwischen Poincaré und Baldwin hat, wie abends am Quai d'Orsay verlautet wurde, in jeder Beziehung den von Frankreich erhofften Verlauf genommen. Der Eindruck in französischen Regierungskreisen wird als „ausgezeichnet" charakterisiert. Man erklärt: Die Tatsache, daß Poincaré und Baldwin entgegen der allgemeinen Erwartung die Veröffentlichung eines amtlichen Kommuniqués beschlossen haben, beweise am besten, wie groß die Uebereinstimmung zwischen den beiden Ministerpräsidenten sei. Dieses Kommuniqué ist bald nach 4 Uhr französischen und englischen Wortlaut ausgegeben worden und lautet:

„Bei der Besprechung zwischen dem französischen und dem englischen Ministerpräsidenten, die heute nachmittag stattfand, hatten die beiden Regierungschefs Gelegenheit, ihre Meinungen über die allgemeine politische Lage auszutauschen. Man darf nicht erwarten, daß im Laufe dieser Unterhaltung zwischen Poincaré und Baldwin irgend eine endgültige Lösung gefunden wurde, aber die beiden Ministerpräsidenten waren so glücklich, eine völlige Uebereinstimmung ihrer Ansichten feststellen zu können und weiter zu konstatieren, daß in keiner Frage eine Verschiedenheit der Absichten und Grundsätze zwischen ihnen besteht, die imstande wäre, das Zusammenarbeiten der beiden Länder zu hindern, von dem in so hohem Maße die Ordnung und der Friede der Welt abhängt."

Der Wortlaut dieses Kommuniqués wurde allem Anschein nach von Baldwin formuliert.

Der englische Premierminister konferierte heute vormittag mit dem gestern aus London eingetroffenen Unterstaatssekretär des Foreign Office, Sir William Tyrrel, und mit dem englischen Botschafter. Er war bis 11 Uhr für keinen Besuch im Hotel Crillon am Concordiaplatz zu sprechen. Am Quai d'Orsay ließ Baldwin vormittags seine Karte für Poincaré abgeben. Zu dem Essen in der englischen Botschaft, das um 1 Uhr begann, waren außer dem Botschafter und seiner Gattin nur Baldwin, Poincaré, Tyrrel, der französische Dolmetscher der Botschafterkonferenz, den Poincaré aus Genf für die heutige Unterredung nach Paris berufen hat, der Kabinetts-Chef und der Sekretär Baldwins sowie der englische Botschaftsrat geladen. Nach dem Essen fand die etwa 1½-stündige Unterredung zwischen Poincaré und Baldwin statt, bei der außer den beiden Ministerpräsidenten nur der französische Dolmetscher zugegen war. Diese Unterhaltung war gegen 4 Uhr beendet. Der englische Premierminister fuhr dann sofort mit dem Botschafter Lord Crewe nach Rambouillet, wo er um 5 Uhr von dem Präsidenten der Republik empfangen wurde. Bei der Unterhaltung zwischen Millerand und Baldwin fungierte der englische Botschafter als Dolmetscher. Poincaré war bei dieser Unterredung nicht zugegen. Baldwin wird, wie verlautet, morgen die Rückreise nach London antreten. Er wird Poincaré voraussichtlich vor der Abreise von Paris nicht mehr sehen, da morgen vormittag in Rambouillet Ministerrat stattfindet.

Den französischen Journalisten wurde heute abend in der Pressekabinettung des Quai d'Orsay erklärt, nach der heutigen Unterhaltung sei das **Vertrauen zwischen Paris und London und damit die Grundlage der Entente cordiale wiederhergestellt.** Poincaré selbst lehnte jede Aeußerung über die heutige Zusammenkunft ab. Die französischen Pressevertreter versichern, der Ministerpräsident sei „glänzend gelaunt" gewesen, woraus man wohl schließen dürfe, daß alles nach den Wünschen Poincarés verlaufen sei.

In französischen unterrichteten Kreisen verlautet, für die nächste Zeit seien französisch-englische Verhandlungen nicht in Aussicht genommen. Die gestrige Unterhaltung zwischen Poincaré und Theunis drehte sich, wie verlautet, hauptsächlich um die Frage der Ruhraktion. Es wird versichert, daß Poincaré und Theunis volle Uebereinstimmung ihrer Ansichten feststellen konnten.

Reparationsdebatte im Völkerbund.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

fb **Genf**, 19. September.

Die gestern in der zweiten Kommission der Völkerbundversammlung begonnene und heute fortgeführte Reparationsdebatte blieb einstweilen ohne praktisches Ergebnis, wenn sie auch keineswegs nutzlos war, wie der holländische Delegierte van Eysinga ausdrücklich feststellte. Der südafrikanische Delegierte Stratoff hat sich in seinen Besprechungen mit der französischen Delegation über die gestern von ihm gewünschte Resolution wohl davon überzeugt, daß jeder Versuch, das Reparationsproblem in die Arbeit des Völkerbundes einzubeziehen, einstweilen auf den unbesiegbaren Widerstand Frankreichs stößt. Er begnügte sich deshalb mit der Bemerkung in dem der Völkerbundversammlung vorzulegenden Bericht der Kommission über die Reparationsfrage und zog seine Resolution, die im Wortlaut noch nicht vorlag, zurück. Der Berichterstatter der Kommission, Fernandes y Medina (Uruguay), sagte in der Schlußbemerkung seines Berichts wörtlich:

„Der Präsident des Rates hat bei der Eröffnung der vierten Versammlung daran erinnert, daß das bedeutsamste Problem auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet nach außerhalb der Zuständigkeit des Völkerbundes und ohne Lösung geblieben sei. Er fügte hinzu, daß, solange dieser große Konflikt unerledigt auf dem wirtschaftlichen Leben Europas lastete, die Arbeit des Völkerbundes auch in der Sphäre seines eigenen Tätigkeitsgebietes notwendigerweise enge Grenzen finde. Das ist eine Tatsache, deren Wichtigkeit für das Finanzkomitee besonders anerkannt worden ist. Die Durchführung der Grundsätze der Brüsseler Finanzkonferenz begegnet in fast allen Ländern sehr großen, teilweise unüberwindlichen Schwierigkeiten infolge der Tatsache, daß die Unsicherheit über die Regelung der internationalen politischen Schulden noch fortdauert. Solange aber diese Unsicherheit anhält, muß die Arbeit des Finanzkomitees notwendigerweise beschränkt und behindert werden. Alsbald nach ihrem Verschwinden indessen wird die Tragweite und die Nützlichkeit der Ergebnisse der Arbeiten des Komitees sich wesentlich erhöhen. Inzwischen und trotz dieses großen Hindernisses zeigt das Werk, das in Albanien und Griechenland, in Danzig und besonders in Oesterreich vollbracht wurde, klar, was erreicht werden könnte, wenn dieses Hindernis verschwunden wäre. Der Völkerbund hat jetzt die erfahrensten und zuständigsten Sachverständigen der ganzen Welt zu seiner Verfügung."

In der Debatte versuchte der schwedische Delegierte Lostgren abermals, eine Resolution zur Reparationsfrage einzubringen, in der die Versammlung bedauernd feststellt, daß die Arbeit des Finanzkomitees immer wieder durch das Fehlen einer Regelung der Frage der interalliierten Schulden und der Reparationen erschwert werde. Diese Resolution fiel aber unter den Tisch, nachdem Hanotaux, der heute eigens zu dieser Debatte in der zweiten Kommission erschienen war, erklärte, er sei sehr dankbar dafür, daß man auf der Resolution nicht bestehe. Wenn die allgemeine Lage, sagte Hanotaux, es notwendig mache, so werde man sich an die Organisation des Völkerbundes wenden. Einstweilen halte er es für richtig, dem Bericht nichts mehr hinzuzufügen. Ador-Schweiz schloß sich Hanotaux und Stratoff an und sagte, der Bericht erwähne die Reparationsfrage mit soviel Takt und Feinheit, daß es unnötig und schädlich wäre, etwas hinzuzufügen. Indem gehöre diese Frage, die eine politische Angelegenheit sei, nicht in den Rahmen der Kommissionsarbeit. Die Wirtschaftskommission als eine technische Organisation des Völkerbundes habe sich nur mit solchen Fragen zu befassen, die ihr vom Rate überwiesen sind, und sie könne politische Angelegenheiten nicht behandeln. Auch der belgische und der italienische, der polnische und der rumänische Delegierte schlossen sich diesem Standpunkt an. Der englische Delegierte erklärte sich damit ebenfalls einverstanden und sagte, er möchte aber als Vertreter eines der interessiertesten Länder nicht, daß sein Schweigen falsch gedeutet werde. Die Tatsache, daß man in dieser Kommission keine Resolution beschließe, wolle durchaus nicht sagen, daß die Kommission etwa der Ansicht sei, die Frage liege außerhalb des Gebietes ihrer Tätigkeit. Er müsse daran erinnern, daß die Wirtschaftskommission sogar eine Spezialunterkommission geschaffen habe, um die verschiedenen Seiten der Ökonomischen Krisis Europas zu studieren, und wenn diese Unterkommission zu praktischen Ergebnissen gelangt, so solle man diese Ergebnisse dem Rate vorlegen. Das wäre seiner Meinung nach ein besseres und geeigneteres Verfahren, als allgemeine Debatten über den Gegenstand, die nur Spaltungen hervorrufen könnten.

Das wertbeständige Geld.

Zustimmung der Wirtschaftskreise.

Das Projekt zur Schaffung eines wertbeständigen Geldes wurde mit Vertretern der Wirtschaft im Reichsfinanzministerium erörtert. Das Projekt fand in seinen Grundzügen allgemeine Zustimmung. Ueber verschiedene Einzelheiten schweben noch Verhandlungen.

*

Die nächste Sitzung des Reichstages, der sich zunächst mit den Währungsfragen befassen soll, wird am 26. September stattfinden.

Die Ruhrkredite.

Rückzahlung und Abbau.

Der Zusammenbruch des Regimes Cuno zieht seine Kreise. Was die Herren Becker und Hermes aus begreiflichen Gründen geheim zu halten wünschten, wird jetzt offenbar. Die Ruhraktion hat nicht nur notwendige Ausgaben mit sich gebracht, die Monate hindurch das Reich zu tragen einfach nicht in der Lage war, sondern sie hat obendrein auch noch unnötige Summen gekostet, an denen auch ein wohlgeordnetes Finanzwesen schließlich zusammengebrochen wäre. Zwar ist es nicht verwunderlich, daß bei einem Unternehmen, das nach vorsichtiger Schätzung täglich 10 bis 12 Millionen Goldmark verschlingt — die volksparteiliche Abgeordnete Frau Dheimb sprach kürzlich sogar von 40 Goldmillionen — manche stattliche Summe in Taschen fließt, für die sie nicht bestimmt ist. Aber die unverantwortliche und untragbare Belastung des Reiches entstand nicht durch ein paar Fälle illegaler Korruption, die hier und da vorgekommen sein mögen, sondern sie rührt her von dem ganz „legalen" Zustand, der sich in den letzten Monaten im Ruhr- und Rheinland herausgebildet hatte.

Von den Reichsgeldern lebten nicht nur diejenigen, die wirklich infolge der Besetzungsmaßnahmen und des passiven Widerstandes arbeitslos geworden waren, sondern ganze Berufskategorien, die nichts mit dem passiven Widerstand zu tun hatten, ließen sich bereitwillig von der Ruhrhilfe „erfassen". Mit den Kaufleuten fing es an, dann kamen Kinobesitzer und Gastwirte und endlich sollen sogar die Hausangestellten sehr begüterter Familien ihre Unterstützung aus der des Reiches bezogen haben.

Der ganze Vorgang verdient schärfste Verurteilung, aber man kann nicht denen einen Vorwurf daraus machen, die diese Gelder eingenommen haben, weil man sie ihnen anbot und selbst denen nicht, die sich darum bewarben, weil man sie leicht bekommen konnte. Der Vorwurf trifft die Berliner Zentrale, das Kabinett Cuno, unter dem dieses System entstehen und fortwuchern konnte. Sogar die „Deutsche Tageszeitung" muß heute konstatieren, daß die „großzügige Handhabung der Rhein- und Ruhrhilfe" schließlich dahin geführt hat, daß das „Stempeln gehen" sich zur moralischen Seuche entwickelte. „Von oben herunter", schreibt das deutschnationale Blatt mit Recht, „ist diese Korrumpierung der rheinischen und Ruhrbevölkerung erfolgt; und es wäre sehr ungerecht, wenn die Berliner Stellen, die dafür verantwortlich sind, diese Verantwortung jetzt auf die Bevölkerung allein abschieben wollten." Aber nicht minder ungerecht ist es, wenn dasselbe Blatt die Sache so darstellt, als hätten sich nur die Arbeiter an der Ruhrhilfe bereichert. Die Arbeiter, die die Hauptträger des passiven Widerstandes waren, haben aus den Mitteln des Reiches ihren Lebensunterhalt bekommen. Vielfach ist die Kost, die man ihnen geben konnte, recht schmal gewesen, manchmal mag sie reichlicher gewesen sein, als zum notdürftigen Leben erforderlich war, Reichsämter werden sie aber während der achtmonatigen Besetzungszeit kaum haben einsammeln können.

Wie steht es aber mit den großen Unternehmern des besetzten Gebiets? Gewiß, auch sie haben während der Besetzung zum Teil persönlich Schwerstes erleiden müssen; ihre Betriebe standen still, und damit entfielen die normalen Einnahmen und Ueberschüsse. Die Gelder, die das Reich dem Rhein- und Ruhrgebiet zur Verfügung gestellt hat, wurden zwar den Unternehmern durch die Kohlenfinanzierungsgesellschaft, die Stahlfinanzierungsgesellschaft und einige kleinere Unterstützungskassen als Kredite gegeben. Die Kredite waren — es ist das eine der trübsten Seiten aus dem Kapitel Hermes-Havenstein — mehrere Monate hindurch nicht wertbeständig, so daß das Reich schon dadurch außerordentliche Verluste erlitt. Etwa seit dem Mai sind dann die Kredite allgemein auf wertbeständige Grundlage umgestellt worden, so daß nominell die Ruhr- und Rheinindustrie dem Reich in sehr großem Umfange verschuldet ist. Aber diese Schuld wird anscheinend von beiden Seiten nicht mehr recht ernst genommen.

Nun kann gewiß nicht den Unternehmern im besetzten Gebiet zugemutet werden, daß sie die Kosten für den Ruhrkampf allein tragen. Aber andererseits liegt kein Grund vor, daß das Reich ihnen in dieser Zeit, die der Bevölkerung des unbesetzten Gebietes im Wege der Inflationssteuer schwerste materielle Lasten auferlegt, Sondergewinne überläßt. Diese Gewinnmöglichkeit besteht nach zwei Richtungen hin. Einmal ist wenigstens in den ersten Monaten der Besetzung noch in vielen Betrieben des Rheinlandes und des Ruhrgebietes auf Vorrat gearbeitet worden, und wenn auch ein Teil der Vorräte der Beschlagnahme der Besatzungstruppen zum Opfer gefallen ist, so wird der Rest doch noch den Unternehmern beim Verkauf sehr erhebliche Einnahmen bringen; sodann aber sind besonders in den Bergwerken in den letzten Monaten umfangreiche Instandsetzungsarbeiten vorgenommen worden. In beiden Fällen sind die Arbeiten zum überwiegenden Teil aus den Reichskrediten bestritten worden. Das Reich darf keinen Zweifel daran lassen, daß die hierfür verausgabten Kredite voll zurückgezahlt werden müssen. Denn es würde nicht nur bei der Bevölkerung des unbesetzten Gebietes, sondern auch bei den Arbeitermassen im besetzten Gebiete berechtigten Unwillen auslösen, wenn hier einzelnen Großunternehmern an der Ruhr und am Rhein die Möglichkeit gegeben würde, ihr auf Kosten der Gesamtheit zu bereichern. Es erscheint notwendig, daß die Regierung in dieser Frage schon